

**newsletter 41 / 07. 02. 2003**

**AKTIV - PETITION ZUR STAERKUNG DER PATIENTENRECHTE**

Diese Petition betrifft folgende Rechte im Bereich des Sozialgesetzbuches und gegenüber Ärzten:

1. Recht auf Akteneinsicht.
2. Recht auf Rechtsbelehrungen und Information über eigene Rechte.
3. Recht auf Antworten auf Klagen.
4. Recht auf Berichtigung

Unterstützung der Stärkung der Patientenrechte z. B. mit folgender Email an das Bundesministerium für Gesundheit

(Betr. Websites nicht mehr im Web)

=====  
**AKTIV - Aktionsaufruf: Menschenrechtsverletzungen durch Drei-Schluchten-Staudamm verhindern**

Von urgewald und weed:

Liebe UnterstützterInnen einer Hermes-Reform,  
der Bau des chinesischen Drei-Schluchten-Staudamms, für den die Bundesregierung seit 1996 wiederholt Hermesbürgschaften vergeben hat, hat bereits zu massiven Menschenrechtsverletzungen geführt. Die meisten von Ihnen haben diesbezüglich in der vergangenen Woche von urgewald oder weed die Pressemitteilung erhalten (s.u.).

Wir bitten Sie nun sehr herzlich, sich an einer mail-Aktion von Friends of the Earth International zu beteiligen und in Ihrem Umfeld auf diese Aktion hinweisen. (Link steht nicht mehr zur Verfügung)  
Denn obwohl noch immer zigtausende von Menschen im Gebiet des geplanten Stausees leben, ist für April 2003 die Flutung des Reservoirs angekündigt. Eine dramatische Ausweitung gewaltsamer Vertreibungen ist zu befürchten. Um dies zu verhindern, fordert eine internationale Kampagne die Regierungen, die durch die Vergabe von Exportkreditversicherungen zum Bau des Staudamms beigetragen haben, auf, Beobachter in die Region zu entsenden und sich für eine Aufschiebung der Flutung einzusetzen, solange die Menschen im Überflutungsgebiet nicht ordnungsgemäß umgesiedelt worden sind und angemessene Entschädigung erhalten haben.

Mit herzlichem Dank für Ihre Unterstützung

Heike Drillisch

---

Berkeley/Sassenberg/Berlin, 20.1.2003

Augenzeugenbericht dokumentiert massive Menschenrechtsverletzungen durch Drei-Schluchten-Staudamm

Nichtregierungsorganisationen fordern Bundesregierung zum Handeln auf

Ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen stellt heute einen Augenzeugenbericht ueber Menschenrechtsverletzungen durch das weltgroesste Energieprojekt, den Drei-Schluchten-Staudamm in China,

vor. Bauern, die den Behoerden Beschwerden vorlegen wollten, wurden verhaftet und aufkeimende Proteste mit harten Repressalien bestraft.....

Weitere Informationen:

Der vollstaendige Augenzeugenbericht sowie Hintergrundinformationen ueber das Drei-Schluchten-Projekt sind beim International Rivers Network unter [www.irn.org](http://www.irn.org) erhaeltlich. Dort sind ebenfalls Videoaufnahmen ueber den Umsiedlungsprozess und Fotos des Gebiets verfuegbar. Der Brief an die Bundesregierung und deutschsprachige

Auszuege aus dem Bericht sind bei weed und urgewald erhaeltlich. Fernsehtaugliches Videomaterial ist ueber AP zu beziehen.

Kontakt:

Heffa Schuecking, urgewald, Tel. 02583 - 1031, [urgewald@urgewald.de](mailto:urgewald@urgewald.de)

Heike Drillisch, weed, Tel. 02263 - 48 10 47, [heike.drillisch@weedbonn.org](mailto:heike.drillisch@weedbonn.org)

Peter Bosshard, International Rivers Network, Tel. 0041 - 1 - 491 7021, [powerfinance@irn.org](mailto:powerfinance@irn.org)

W E E D - World Economy, Ecology & Development, Weltwirtschaft, Oekologie & Entwicklung e.V.

=====

## CHEMIKALIEN - ACRYLAMID

01/2003, 30.01.2003 vom BfR

### **Acrylamid in Lebensmitteln: Kein Anlass für Entwarnung nach neuer schwedischer Studie**

Bundesinstitut für Risikobewertung hält seine Einschätzung aufrecht

Die soeben im British Journal of Cancer veröffentlichte epidemiologische Studie aus dem schwedischen Karolinska Institut wertet das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) als nützlichen Baustein bei der Bewertung des gesundheitlichen Risikos, das Acrylamid belastete Lebensmittel für den Verbraucher darstellen können. Seine bisherige Risikobewertung hält das BfR auch nach Vorlage der Studie ohne Einschränkung aufrecht. Danach stellt Acrylamid ein ernstzunehmendes gesundheitliches Risiko für den Menschen dar. Die Belastung des Verbrauchers muss deshalb auch weiterhin so schnell und so weit wie möglich minimiert werden.

Acrylamid wurde von der International Agency for Research on Cancer (IARC) als "wahrscheinlich kanzerogen für den Menschen" beurteilt. In der Europäischen Union ist Acrylamid in die Kategorie 2 krebserzeugender Stoffe eingestuft. Die Substanz löst im Tierversuch Krebs aus und schädigt das Erbgut. Die Einstufung in Kategorie 2 bedeutet, dass Acrylamid auch für den Menschen als krebserzeugend angesehen werden sollte.

Bereits vor der neuen schwedischen Studie lagen für Acrylamid Studien am Menschen vor, in denen keine erhöhte Krebsrate gefunden wurde. Diese Studien geben aber, genau wie die neue schwedische Studie, keinen Anlass für eine Entwarnung. **Dass eine krebsauslösende Wirkung in keiner der Studien nachgewiesen wurde, ist kein Beweis dafür, dass diese Wirkung nicht vorliegt.** Um die Frage zu klären, inwieweit Acrylamid am Krebsgeschehen beteiligt ist, sind außerordentlich große Personenzahlen und Daten zur gesamten Acrylamidaufnahme der Untersuchten erforderlich. Diese Anforderungen erfüllt keine der bislang vorliegenden Studien. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse werden vom Bundesinstitut für Risikobewertung fortlaufend bewertet. Sollten sie zu einer abweichenden Einschätzung des gesundheitlichen Risikos für den Verbraucher durch Acrylamid führen, wird das BfR die Öffentlichkeit umgehend informieren. (Hervorhebung Scherrmann)

Kommentar Scherrmann: Sehr interessant ist, wie hier argumentiert wird. Ich wuerde mir diese Argumentation ("**Dass eine krebsauslösende Wirkung in keiner der Studien nachgewiesen wurde, ist kein Beweis dafür, dass diese Wirkung nicht vorliegt.**") auch an anderen Stellen wuenschen.

=====

## ELEKTROMAGNETISCHE STRAHLUNG

### **Von Elektromognews:**

1) Das kritische Mobilfunk-Buch: "Mobilfunk - ein Freilandversuch am Menschen" der renommierten Journalisten Franz Kotteder und Thomas Grasberger stößt bereits vor dem Erscheinen auf ein sensationelles Interesse. Obwohl das Buch erst Mitte Februar erscheint, liegen bereits viele Tausend Vorbestellungen vor.

Details: <http://www.elektromognews.de/news/topeinstieg.htm>

<http://www.elektromognews.de/news/kottedergrasbergerbuch.htm>

### **2) Details der neuen Salford-Studie: Ratten erleiden bereits bei niedrigen SAR-Werten schwere Hirnschäden.**

#### **Hirnschäden bereits bei Ganzkörper-SAR von 0,002**

Ergebnisse damit auch für Anwohner von Sendemasten wichtig (zulässige SAR dort: 0,08)

Salford: "Mit dieser Studie legen wir zum ersten Mal Beweise vor, dass athermische Mikrowellen-Exposition Neuronenschäden verursachen."

Die Fachzeitschrift Environmental Health Perspectives hat uns freundlicherweise das Original der neuen Salford-Studie zur Verfügung gestellt. Es kann hier heruntergeladen werden:

Perspectives Original: <http://www.elektromognews.de/salfordjan2003.pdf>

Die Studie der Wissenschaftler der schwedischen Universität Lund spricht in ihren Ergebnissen vom ersten

dokumentierten Beweis, dass die Mikrowellenstrahlung heutiger GSM-Handys bei Ratten schwere Hirnschäden verursacht.

Es gab 4 Gruppen von Ratten, eine unbestrahlte Kontrollgruppe sowie 3 Gruppen, die mit unterschiedlichen

Intensitäten bestrahlt wurden (Ganzkörper-SAR: 0,2/0,02/0,002). Die Tiere wurden lediglich 2 Stunden bestrahlt,

danach wurden sie 50 Tage am Leben gelassen und dann getötet. Anschließend seziierte das Salford-

Team die

Gehirne der Ratten und untersuchte sie auf Albumin-Ansammlungen und beschädigte Neuronen. Ergebnis: Bei den bestrahlten Tiere öffnete die Strahlung der Handys die Blut-Hirn-Schranke der Tiere und liess

Albumin-Eiweisse ins Hirn eindringen. Dies kann man in der Studie gut in den Bildern sehen (schwarze Flecken).

Ausserdem kam es zu Schäden an Neuronen. Je stärker die Strahlung war, umso größer waren die Schäden. Bei

der unbestrahlten Kontrollgruppe kam es nicht zu diesen Schäden.

Die Ergebnisse könnten auch eine große Bedeutung für Anwohner von Mobilfunksendern haben, da hier ein Ganzkörper-SAR-Wert von 0,08 gesetzlich zulässig ist und bereits bei 0,002 deutliche Schäden auftraten (nach nur 2 Stunden Exposition). Der Dosis-Wirkungs-Zusammenhang war deutlich, die Ergebnisse hochsignifikant.

Ausserdem zeigt sich hiermit erneut, wie sinnlos "Ökolabels" sind, die Handys mit SAR-Werten von unter 0,6 Watt pro Kilogramm den "Blauen Engel" verleihen sollen

Die Forscher schließen Zufälligkeiten der Ergebnisse begründet aus und warnen in zuvor nie gekannter Deutlichkeit vor erheblichen Gesundheitsrisiken durch heutige Mobiltelefone. Als

Versuchstiere wurden 12-26 Wochen alte Ratten verwendet, deren Entwicklungsstadium mit dem von Teenagern vergleichbar ist.

Die Forscher betonen, dass Hirnschäden dieser Art selbst bei häufiger Nutzung keine sofort beweisbaren Folgen haben müssen. Nach längerer Zeit könnten diese Schäden jedoch zu verminderter Hirnleistung führen. Die Forscher sagen wörtlich:

"Wir können nicht ausschliessen, dass eine ganze Generation von Nutzern nach jahrelanger häufiger Nutzung bereits im mittleren Alter unter negativen Effekte leiden könnte."

3) 30.01.2003: Britische Biochemikerin und Genetikerin Mae-Wan Ho: **Überwältigend viele Studien bestätigen 2002 Zusammenhang zwischen Mobilfunkstrahlung und Krebs**

<http://www.elektrosmognews.de/news/maewanho.htm>

4) 30.01.2003: **Kranke Tiere durch Mobilfunksender**

<http://www.elektrosmognews.de/news/kranketiere.htm>

5) **Russlands führende Experten auf dem Gebiet der Wirkungen nichtionisierender Strahlung auf die menschliche Gesundheit raten Kindern, Jugendlichen, Schwangeren und bestimmten Risikogruppen aus gesundheitlichen Gründen komplett von Mobiltelefonen ab.**

<http://www.elektrosmognews.de/news/russland.htm>

---

Artikel in de Schweizerischen Zeitung "Saldo" 1/03 vom 22. Januar 2003: **Handy-Antennen: Städte ziehen die Notbremse** von Mike Weibel saldo hat die Strahlung von Handy-Antennen in drei Schweizer Städten gemessen. Die Elektromog-Belastung erreicht zum Teil bedenkliche Werte.

[http://www.konsuminfo.ch/getarticles.asp?article\\_id=9125&ref=5](http://www.konsuminfo.ch/getarticles.asp?article_id=9125&ref=5)

---

**Taktlos: Handys irritieren Herzschrittmacher**

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=1&d=28&id=92422>

=====

## **POCKEN-SCHUTZ-IMPFUNGEN**

Aus meinem Briefwechsel mit dem RKI (Robert-Koch-Institut): (Antworten vom RKI nach ---)

Sehr geehrte Frau Scherrmann,

vielen Dank für Ihre E-Mail an Herrn Prof. Kurth. Beigefügt finden Sie kurze Antworten. Ausführliche Informationen finden Sie auf unseren Internetseiten unter <http://www.rki.de/GESUND/GESUNDBT.HTM>

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Glasmacher, Pressesprecherin, Robert Koch-Institut, E-Mail: [info@rki.de](mailto:info@rki.de)

1) Was genau verstehen Sie unter "vorsichtiges Impfen bei Immunschwache? (Ihre Formulierung in einem ZDF-Interview)

--- Es geht hier um eine Risiko-Nutzen-Abwägung. Es gibt eine Reihe von Erkrankungen, die das Risiko unerwünschter Impfwirkungen erhöhen würden. Dazu gehören insbesondere schwere Immunschwächen (zum Beispiel Transplantierte, Immunsupprimierte, Personen unter Steroidtherapie oder mit einer HIV-Infektion), Ekzeme (z. B. atopische Dermatitis, Neurodermitis) oder Schäden der Hautintegrität zum Beispiel Varizellen/Zoster. In Notfällen würde man Betroffenen möglicherweise eine Impfung anbieten.

2) Wo steht die gesetzliche Legitimation, die Menschen in Deutschland per Zwangsmassnahme zu impfen?

--- Derzeit gibt es keine Überlegungen für eine Impfpflicht. Dazu bedürfte es auch einer Rechtsverordnung des Bundes nach § 20 Abs. 6 IfSG bzw. der Ländern nach § 20 Abs. 7 IfSG. In §

20, Abs. 6 IfSG (den vollständigen Text finden Sie unter st auch geregelt, dass "ein nach dieser Rechtsverordnung Impfpflichtiger, der nach ärztlichem Zeugnis ohne Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit nicht geimpft werden kann, .. von der Impfpflicht freizustellen" ist.

3) Wie sieht die internationale Absprache aus?

Welche Laender planen zur Zeit ebenfalls Zwangs-Pockenschutzimpfungen (beim Auftreten eines einzigen Pockenfalles in ihrem Land) durchzufuehren bzw. welche Laender planen, sich nicht an diesen Massnahmen zu beteiligen?

--- Unseres Wissens wird nirgends über eine Impfpflicht für die Bevölkerung diskutiert. Es gibt weltweit auch keinen zugelassenen Impfstoff.

4) Welche Moeglichkeiten bleiben Deutsche mit Autoimmunkrankheiten, nicht geimpft zu werden?

--- Siehe Nr. 2

5) Welche Studien gibt es, die belegen, dass eine Pockenschutz-Impfung tatsaechlich effektiv ist? Koennen diese Studien auch online eingesehen werden?

--- Dies ist allgemeines wissenschaftliches Wissen, das über medizinsche Datenbanken zugänglich ist. Ich bitte um Verständnis, dass eine Literaturrecherche aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist.

6) Bzgl. der Nebenwirkungen sind nicht nur die moeglichen Toten sondern auch die schweren gesundheitlichen Folgeschaedigungen von Interesse. Wurden diese in den Studien aufgelistet?

--- Die Nebenwirkungen sind höher als bei modernen Impfstoffen, etwa gegen Masern oder Influenza, und in Studien belegt. Hier bietet insbesondere der unter <http://www.rki.de/GESUND/GESUNDBT.HTM> Link zu den amerikanischen Centers for Disease Control weiterführende Informationen.

6) Welche Firma stellt den Impfstoff?

--- Die öffentlich bekannten Hersteller von Pockenschutzimpfstoff sind Baxter/Acambis in Österreich, Bavarian Nordic in Deutschland und Berna in der Schweiz.

7) Was kostet die Bereitstellung von Impfstoff fuer 100 Millionen BuergerInnen?

--- Zu den Kosten können wir nichts sagen. Die Beschaffung wird vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung organisiert.

8) Warum wird es als notwendig erachtet, bei einem einzigen Pockenfall in der BRD alle 80 Millionen Menschen zu impfen? Warum kann bei Pocken nicht - wie z. B. im Falle Ebola - eine strenge Isolation stattfinden?

--- Bei einem einzigen Pockenfall würde ggf. auch mit einer Riegelungsimpfung versucht, die Verbreitung der Krankheit zu verhindern. Aber Pocken sind sehr ansteckend und in Abhängigkeit von der Situation könnte eine Massenimpfung nötig werden.

Anmerkungen Scherrmann:

1) "das allgemeine wissenschaftliche Wissen". Es gibt verschiedene Standpunkte. (siehe u.a. <http://www.impfkritik.de/pocken>) So einfach ist das nicht.

2) Die Rechtsverordnung ist zwar im Internet einsehbar ( anzuklicken nicht im Text sondern auf der linken Navigationsleiste), aber nicht zum Downloaden. Deshalb hier die entsprechenden Passagen: § 20,

(6) Das Bundesministerium für Gesundheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates anzuordnen, dass bedrohte Teile der Bevölkerung an Schutzimpfungen oder anderen Massnahmen der spezifischen Prophylaxe teilzunehmen haben, wenn eine übertragbare Krankheit mit klinisch schweren Verlaufsformen auftritt, und mit ihrer epidemischen Verbreitung zu rechnen ist. Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2, Abs. 2, Satz 1 Grundgesetz) kann insofern eingeschränkt werden. Ein nach dieser Rechtsverordnung Impfpflichtiger, der nach ärztlichem Zeugnis ohne Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit nicht geimpft werden kann, ist von der Impfpflicht freizustellen; dies gilt auch bei anderen Massnahmen der spezifischen Prophylaxe. § 15 Abs. 2 gilt entsprechend.

(7) Solange das Bundesministerium für Gesundheit von der Ermächtigung nach Absatz 6 keinen Gebrauch macht, sind die Landesregierungen zum Erlass einer Rechtsverordnung nach Absatz 6 ermächtigt. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die obersten Landesgesundheitsbehörden übertragen. Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz) kann insoweit eingeschränkt werden.

3) Weitere Information z. B.:

a) <http://www.impfkritik.de/pocken>

b) Informationen über die Pocken und die Pockenimpfung allgemein und die Gefahren des Impfstoffs für Menschen mit HIV können auf den Internetseiten der DAH unter <http://www.aidshilfe.de> abgerufen werden (als PDF-Datei).

c) 20. 01. 2003: Ministerium bestätigt Zwangsimpfungen bei Pockenausbruch MÜNCHEN/BERLIN. Bei einem etwaigen Ausbruch der Pocken in Deutschland tritt nach Angaben des Bundesgesundheits-ministeriums ein Alarmplan für Zwangsimpfungen in Kraft. ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=11430>

d) Keine Schutz-Impfung ohne Aufklärung!

Bundesregierung und Hygiene-Institute bereiten sich auf Massenimpfungen gegen Pocken vor. Hintergrund ist die Furcht vor bioterroristischen Anschlägen mit Pockenviren. Für Amtsärzte eine große Herausforderung, denn jede Impfung birgt ein Risiko für den Patienten. Und falls der Arzt nicht alle Vorsichtsmaßnahmen beachtet, kann er regreßpflichtig gemacht werden.

[http://www.aerztezeitung.de/nel/?i244911,2619,/politik/gesundheitsystem\\_uns](http://www.aerztezeitung.de/nel/?i244911,2619,/politik/gesundheitsystem_uns)

4) Hoffen wir, dass der Ernstfall nie eintritt.

=====

## KURZINFO

### **Radiotherapie und Unfruchtbarkeit**

EDINBURGH. Die Eizellen im menschlichen Ovar sind strahlenempfindlicher als bisher angenommen. Ein britisches Forscherteam berechnet in Human Reproduction (2003; 18: 117–121), dass die Hälfte der ...<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=11550>

### **Ground-Zero-Helfer: Viele haben Gesundheitsprobleme**

USA: Gesundheitliche Langzeitfolgen nach Aufräumarbeiten an Ground Zero

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=1&d=29&id=92499>

und/oder

NEW YORK. Dutzende Feuerwehrleute, Sanitäter, Bauarbeiter und andere Personen, die unmittelbar nach den Terroranschlägen auf New York am 11. September 2001 an den Aufräumarbeiten beteiligt waren, <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=11554>

und/oder

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-232631,00.html>

### **Hyperaktive Kinder: Ritalin-Konsum «erschreckend»**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=1&d=25&id=92333>

### **Österreich: Ärzte nehmen sich pro Patient nur vier Minuten Zeit**

WIEN. Ein praktischer Arzt in Wien hat im Schnitt vier bis fünf Minuten Zeit für jeden Patienten. Damit liegen die österreichischen Mediziner im europäischen Vergleich ganz hinten.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=11457>

### **Zunehmende finanzielle Interessenskonflikte von US-Ärzten**

NEW HAVEN/CONNECTICUT. Die akademische Forschung an den großen medizinischen Hochschulen in den USA begibt sich in immer größere Abhängigkeit zur Industrie.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=11451>

### **Renovieren in der Schwangerschaft schädigt Immunsystem des Ungeborenen**

LEIPZIG. Wird in der Schwangerschaft oder kurz nach der Geburt eines Kindes renoviert, so kann das in den ersten Lebensmonaten zu Reizungen der Atemwege bis hin zu Atemwegserkrankungen des Kindes ...URL steht nicht mehr zur Verfügung.

### **Strahlende Energie: Studie zu Krebsfällen nahe Atomkraftwerken**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=1&d=15&id=91754>

### **20. 02.2003: Pflichtquote für Beschäftigung Schwerbehinderter bleibt bei fünf Prozent**

BERLIN. Bundessozialministerin Ulla Schmidt hat den Beschluss des Bundestages begrüßt, die Pflichtquote der Arbeitgeber für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei fünf Prozent zu belassen. ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=11433>

### **EU will schärfere Lebensmittel-Kontrollen**

Bruessel. In der Europäischen Union sollen Lebensmittel in Zukunft schärfer kontrolliert werden. Verbraucherschutz-Kommissar Byrne will damit erreichen, dass die Qualität der Produkte besser wird. Wer Lebensmittel oder Tierfutter verunreinigt, soll bestraft werden. In besonders schweren Fällen droht Berufsverbot. Die neuen Vorschriften können aber erst in Kraft treten, wenn die Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament zugestimmt haben.

### **30% Pestizidreduktion machbar**

Im Rahmen der PAN Germany-Veranstaltung am Montag auf der Grünen Woche in Berlin wurde das Ziel der Bundesregierung, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu verringern, diskutiert. Verbraucherschutz und Agrarpolitik müssen sich der Problematik der Pestizidbelastungen von pflanzlichen Lebensmitteln verstärkt annehmen, so das Kredo des parlamentarischen Staatssekretärs des BMVEL, Matthias Berninger. Weitere Informationen: Carina Weber, Tel. 040-39.91.91.0-23, email: [carina.weber@pan-germany.org](mailto:carina.weber@pan-germany.org)

=====

## RECHT

**SG (Sozialgesetz)** Von Uwe Wendler:

**Die "Elektronischen Anhaltspunkte"** (ohne die Niederschriften des Sachverständigenbeirats, dafür aber mit "eigener" Suchmaschine) können Sie übrigens zur Installation auf Ihrem Rechner nun herunterladen unter

<http://www.anhaltspunkte.de> dies erspart bei häufigerer Benutzung online-Zeit. Die dort angebotenen

Anhaltspunkte befinden sich auf dem neuesten Stand; die online-Version unterscheidet sich nur dadurch, dass dort - aufgrund der ständigen Nachbearbeitung - einige Anmerkungen ergänzt wurden. Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass diese Version die Niederschriften des Sachverständigenbeirats beim BMA nicht enthält, da diese nicht veröffentlicht werden dürfen. Zumindest weitergehende Hinweise darauf werden in der noch ausstehenden Endversion enthalten sein.

---

Scherrmann: dort entdeckt: **Vergleichsmaßstab** beim Fibromyalgie-Syndrom, Müdigkeits-Syndrom, Multiple chemical sensitivity etc. sind psychovegetative / psychische Störungen i.S.d. Nr. 26.3, Seite 60 der AHP

---

### **Chemie vergiftet auch die Rente**

Schlechte Chancen bei Krankheit durch Holzschutzmittel: Amtsarzt zieht Berufsunfähigkeitsbescheinigung zurück. Der Antragsteller hatte mit PCP und Lindan zu tun. Dessen Anwalt vermutet "Formulierungshilfe" durch Berufsgenossenschaft von HANNA GERSMANN ... Da passt es gut, dass seine Krankenkasse, die AOK, letzte Woche entschied, an seiner Seite mitzukämpfen. Schon morgen wird ihr Jurist mit im Würzburger Gerichtssaal sitzen. Zumindest einen Teil dessen, was sie für Röders Behandlung und Krankengeld ausgegeben haben, **will sich die AOK jetzt von der LVA zurückholen - und eines Tages dann womöglich auch von der BG.** <http://www.taz.de/pt/2003/02/03/a0146.nf/textdruck>

Kommentar Scherrmann: **ENDLICH** faengt mal eine AOK an, sich des Problems anzunehmen. Hoffen wir, dass dieses Beispiel Schule macht und hoffen wir, dass diese spezielle AOK erfolgreich ist.

### **HEUTE IM BUNDESTAG**

20.01.2003

Verbraucherschutz/Unterrichtung

#### **REGIERUNG WILL MIT EMISSIONSMINDERUNGEN WALDSCHÄDEN VERMEIDEN**

Berlin: (hib/MAP) Die Bundesregierung hält nach wie vor eine konsequente "Luftreinhaltepolitik" zur Verhinderung von Waldschäden für dringend geboten. In ihrer Unterrichtung zum Waldzustand 2002 (15/270) betont sie, dass die Luftqualität sich zwar erheblich verbessert habe, jedoch gemessen an der Belastbarkeit der Ökosysteme noch kein befriedigender Zustand erreicht worden sei. Bereits seit 20 Jahren, heißt es, würde der Gesundheitszustand des Waldes systematisch nach einem einheitlichen Verfahren, dem forstlichen Umweltmonitoring, erfasst. Faktoren wie Witterung, Fruchtausbildung, Schadorganismen und Luftverunreinigungen durch den Menschen seien ausschlaggebend für den Zustand der Wälder.

Dem Bericht 2002 zufolge weisen insgesamt 21 Prozent der Waldfläche (1991: 30 Prozent, 1995: 23 Prozent) "deutliche Nadel- oder Blattverluste" auf. Dies spiegele sich vor allem bei den flächenmäßig bedeutsamsten Baumarten wider: Nahezu unverändert würden 26 Prozent der Fichtenfläche, 13 Prozent der Kieferfläche und 32 Prozent der Buchenfläche deutliche Verluste aufweisen.

Lediglich bei der Eiche, der bisher am stärksten betroffenen Hauptbaumart, sei eine deutliche Besserung eingetreten. Der Anteil deutlicher Blattverluste ging seit dem Höchststand von 47 Prozent in 1996/97 auf 29 Prozent in 2002 zurück, heißt es. Allerdings läge das Schadensniveau immer noch mehr als dreimal so hoch wie zu Beginn der Waldschadenserhebung in 1984 (9 Prozent).

Vor dem Hintergrund der Waldschäden seien zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden, um Luftqualität und Waldgesundheit zu verbessern und um die Abläufe in den Waldökosystemen besser zu verstehen. In den Bereichen Luftreinhaltung, Klimaschutz und Energiewende seien unter anderem zahlreiche Weichenstellungen erfolgt.

So bewirke insbesondere das im Rahmen der Energiewende eingeleitete Maßnahmenbündel zur Energiesparung und zum Klimaschutz unmittelbare Emissionsminderungen. Es gäbe vielfältige Anreize zum Energiesparen sowie zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energieträger, heißt es weiter.

---

Berlin:Mo, 13.01.2003

Gesundheit und Soziale Sicherung/Unterrichtung

#### **BESCHÄFTIGUNGSQUOTE SCHWERBEHINDERTER IN PRIVATWIRTSCHAFT GESUNKEN**

Berlin: (hib/RAB) Die durchschnittliche Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen in der Privatwirtschaft ist von 4 Prozent im Jahre 1991 auf 3,3 Prozent im Jahre 2000 gesunken. Dies geht aus einem Bericht (15/227) über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes hervor, den die Bundesregierung vorgelegt hat. Die Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den öffentlichen Arbeitgebern (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) habe im Berichtsjahr 2000 gegenüber dem Vorjahr unveränderte 5,2 Prozent betragen.

Weiter heißt es, die Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst sei in den neuen Ländern seit 1994 nahezu stetig angestiegen, und zwar von 3,4 auf 4,6 Prozent, während die Quote im alten Bundesgebiet seit 1994 von 5,7 auf nunmehr 5,3 Prozent zurückgegangen sei.

Zu der Situation in den Bundesministerien erklärt die Regierung, diese hätten zusammen mit den sonstigen Bundesdienststellen mit ihren nachgeordneten Dienststellen im Berichtsjahr 2001 einen Anteil beschäftigter schwerbehinderter Menschen von 6,4 Prozent erreicht.

Die Regierung hebt in dem Bericht hervor, der Anteil dieser Personengruppe bei den Neueinstellungen sei im vergangenen Jahr deutlich von 4,4 auf 4,7 Prozent gestiegen. Der Anstieg bei den Neueinstellungen führe aber nicht zu einer entsprechenden Erhöhung der Beschäftigungsquote, da noch eine verhältnismäßig hohe Zahl schwerbehinderter Menschen aus Altersgründen ausscheide. In den einzelnen Bundesressorts und den nachgeordneten Behörden ist den Angaben zufolge die gesetzlich vorgeschriebene Quote von 5 bzw. 6 Prozent abermals deutlich überschritten worden. Der Anteil schwerbehinderter Frauen habe im vergangenen Jahr 35,2 Prozent betragen. Damit sei diese Quote um 1,2 Prozent gestiegen.

=====  
Ende des newsletter/d/41

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: ( + 49 ) 7352 940529

email: [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) , [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org),

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt